LinksBlick!

Sonderausgabe · www.die-linke-thueringen.de · **Ausgabe 1-2016**

DIE LINKE. THÜRINGEN

Auf die Straße: TTIP & CETA stoppen!

Foto: flickr.com/linksfraktion

Demo für einen gerechten Welthandel
Samstag 23.4.2016 Hannover
12 Uhr Opernplatz
Weitere Infos: www.ttip-demo.de

Im Oktober 2015 waren in Berlin 250.000 Menschen auf der Straße, um gegen die Freihandels- und Investitionsschutz-Abkommen mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA) zu demonstrieren.

Diese Abkommen sind ein Angriff auf soziale, ökologische und demokratische Rechte. Sie werden die ungerechte und neoliberale Weltwirtschaftsordnung weiter zementieren. Vor allem große Konzerne würden profitieren – nicht die Menschen! Und selbst dem Mittelstand und den kleinen Unternehmen, die unsere Wirtschaft in Thüringen prägen, werden diese Abkommen nicht nutzen.

550 Euro mehr für jeden Privathaushalt pro Jahr und Milliardengewinne für die europäische Wirtschaft, das hatten die Befürworter der Freihandelsabkommen versprochen. Doch mittlerweile müssen sie eingestehen: die Zahlen waren an den Haaren herbeigezogen. Wirtschaftswunder für alle wird es durch TTIP und CETA nicht geben. Die von den Regierungen geplanten Regelungen sind ein Angriff auf die Rechte der Mehrheit der Bevölkerung. Arbeits-, Sozial-, Umwelt- und Verbraucherschutz-Standards werden massiv beschnitten, wenn sie als „Handelshemmnisse“ identifiziert werden.

Die geheimen Verhandlungen zu TTIP und CETA beschädigen unsere Demokratie. Was so ausgehandelt wird, kann nicht im Interesse der Mehrheit der Menschen sein. Während Lobbyisten aus der Wirtschaft mit am Tisch sitzen, bleiben Gewerkschaften, Sozial- oder Umweltverbände außen vor. Statt Politik für die Interessen von Großkonzernen zu machen, muss die Politik sich um die Interessen der normalen Menschen kümmern! Dazu gehören auch Unternehmen, die Arbeitsplätze sichern, gute Löhne zahlen sowie auf die Interessen von Beschäftigten, Verbrauchern und die Umwelt achten.

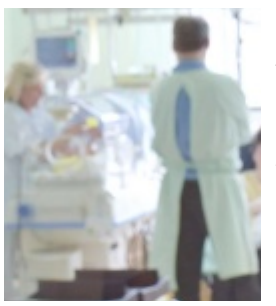
DIE LINKE lehnt TTIP und CETA ab und fordert ein sofortiges Ende der Verhandlungen. Fairer Handel, eine andere Weltwirtschaftsordnung, die Angleichung von Sozialstandards, Schutzregelungen und Löhnen und ein gerechtes Steuersystem, das die Reichen stärker in die Pflicht nimmt, sind die richtigen Antworten auf den entgrenzten Kapitalismus, soziale Unsicherheit und die zunehmende Spaltung in Arm und Reich.

Gemeinsam mit Sozialverbänden, Gewerkschaften und Umweltorganisationen ruft DIE LINKE daher zur Demonstration am 23. April in Hannover auf: TTIP & CETA stoppen!

Susanne Hennig-Wellsow

Helene Souza /pixelio.de

Ein Reformmonster?
Die Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform beschäftigt derzeit viele Thüringerinnen und Thüringer. Ist hier Reform mal wieder der Tarnname für Sozial- und Leistungsabbau? Lesen Sie Fakten zu den häufigsten Fragen und Behauptungen auf **Seite 3**



Gesundheit und Pflege für Alle
Gesundheits- und Pflegeeinrichtungen sind gerade im ländlichen Raum dünn gesät und die Warteschlangen bei Ärztinnen und Ärzten lang. Lesen Sie, wie die LINKE in der Landesregierung Strukturen verbessert.
Seite 7

Faktencheck Flucht und Migration
Wer nimmt die meisten Flüchtlinge auf? Warum fliehen Menschen nach Deutschland?

Wie regelt die Thüringer Landesregierung das Aufnahme- und Anerkennungsverfahren? Dies und mehr übersichtlich erklärt auf den **Seiten 4/5**

Wort gehalten: Eingestellt!

„Den Schulunterricht werden wir durch die Neueinstellung von 500 Lehrerinnen und Lehrern pro Jahr (...) verbessern.“ Diese Vereinbarung im Koalitionsvertrag gilt und wird eingehalten. Bislang erfolgten zu 3 zentralen Einstellungsterminen 696 unbefristete Neueinstellungen in den Schuldienst. Davon 500 in 2015. Dieses Kontingent wird auch 2016 voll ausgenutzt. Zusätzlich konnten wir bislang 97 von 100 befristeten Vollzeitstellen als sogenannte „Vertretungsreserve“ sichern. Damit können Stellen besetzt werden, die durch längere Erkrankungen zeitweilig

Dr. Birgit Klaubert,Thüringer Ministerin für Bildung, Jugend und Sport. Foto: TMBJS

frei geworden sind. Für die Sicherstellung der „Beschulung von Schülerinnen und Schülern nichtdeutscher Herkunftssprache“ haben wir außerdem einen Gesamtumfang von 100 Stellen zur Verfügung, von denen seit Ende 2015 bereits 40 Stellen mit entsprechenden Fachkräften besetzt wurden. Hier steuern wir die Einstellung nach den Bedarfen. Letztlich steht uns zusätzlich in einem Gesamtumfang von 100 befristeten Vollzeitstellen ein Kontingent für „Deutsch als Zweitsprache“ zur Verfügung. 95 Personen sind dafür aktuell in den Thüringer Schulen eingestellt.

1. Mai 2016: Die Kapitalisten blasen zum Angriff

Der 1. Mai ist unser Tag Kolleg_innen. War es damals noch der 8 Stunden Tag oder der grundsätzliche Kampf darum, überhaupt irgendwelche Rechte in der Arbeitswelt zu haben, geht es heute um Mindestlöhne und eine grundsätzliche Neuordnung der Arbeit im Interesse der Beschäftigten.

Auch in Thüringen werden wir wieder als DGB mit über 20 Veranstaltungen flächendeckend präsent sein. Unterstützt wie immer auch vielerorts durch die LINKE, aber auch durch SPD und Bündnis 90/Grüne. Soweit so schön. Wären da nicht die Arbeitgeber_innen im Einzelhandel. In diesem Jahr fällt der 1. Mai auf einen Sonntag. Nach den derzeitigen gesetzlichen Ausnahmeregelungen dürfen Händler_innen an vier Sonntagen im Jahr ihre Geschäfte öffnen. Aus meiner Sicht sowieso schon eine nicht nachvollziehbare Ausnahme. Niemand muss an einem Sonntag einkaufen. Da der 1. Mai aber ein Sonntag ist, hat die Kapitalseite in Suhl, unterstützt durch den Oberbürgermeister und die IHK Südthüringen entschieden, eine Sonntagsöffnung zu machen. Ich halte das nicht nur für geschichtsvergessen sondern für einen frontalen Angriff auf die Arbeitnehmer_innen, die ja bekanntlich aufgrund ihrer Arbeit für den Profit der Arbeitgeber_innen sorgen. In allen Umfragen zu diesem Thema lehnen die Thüringer_innen den 1. Mai als verkaufsoffenen Tag ab. Den Kammern und Arbeitgebern_innen ist das völlig egal. Sie schauen nicht auf den Menschen, sondern auf den Profit. Als Gewerkschafter appelliere ich an alle Thüringer_innen. Machen wir den 1. Mai zu einer großen politischen Antwort an die Arbeitgeber_innen. Feiern wir den 1. Mai und gehen nicht einkaufen und danach setzen wir uns für einen entsprechenden Schutz dieses Feiertages ein.

Sandro Witt,
Vorsitzender DGB LV Thüringen

Anm.d.R.: In Erfurt wurde der verkausoffene Sonntag am 1. Mai gerichtlich untersagt. Zum Redaktionsschluss war noch nicht klar, ob es eventuell auch für Suhl eine ähnliche Entscheidung gibt.

Kein Sparen bei der Polizei

Sicherheit ist ein hohes Gut. Dafür braucht es eine Polizei, die mit genügend Beamten vor Ort ist. Deswegen hat die rot-rot-grüne Landesregierung den Stellenabbau bei der Thüringer Polizei gestoppt. Um Haushaltslöcher zu stopfen, hatte die CDU-geführte Landesregierung Stellen abgebaut und so die Personaldecke bei der Polizei ausgedünnt. Wir haben sofort nach dem Antritt der neuen Regierung aus LINKE, SPD und Grünen Ende 2014 den Stellenabbau und die Sparpläne gestoppt - so erhalten wir allein in diesem Jahr mehr als 100 Stellen bei der Polizei. Zugleich haben wir die Zahl der auszubildenden Polizeivollzugsbeamten erhöht, um auch künftig genügend gut qualifizierte Thüringer Polizistinnen und Polizisten zu haben. Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Partei DIE LINKE Thüringen und der Linksfraktion im Landtag sagt: „Unsere Thüringer Beamten leisten jeden Tag unter hohem Einsatz einen wichtigen Beitrag zur Gewährleistung der Sicherheit der Menschen im Freistaat – da darf beim Personal nicht gespart werden.“

Landesarbeitsmarktprogramm kommt an

Immer mehr Menschen finden Arbeit in Thüringen. Das ist gut so. Einige Gruppen auf dem Arbeitsmarkt profitieren aber noch zu wenig von dieser positiven Entwicklung: langzeiterwerbslose Menschen, alleinerziehende Frauen, junge Erwachsene ohne Berufsabschluss, Menschen mit Behinderungen.

Für Menschen, die trotz jahrelanger Bemühungen keinen Arbeitsplatz finden konnten, haben wir ein Beschäftigungsprogramm aufgelegt. Pro Jahr setzt Rot-Rot-Grün dafür 7,5 Mill. Euro ein und schafft 1000 Arbeitsplätze.

Die Arbeit entsteht dort, wo sie direkt dem Gemeinwohl dient, in unseren Kommunen. Sie verdrängt dort keine Beschäftigung. Vielmehr schafft sie einen Nutzen, der uns allen zu Gute kommt. Nachgefragt werden vor allem unterstützende Tätigkeiten in der Jugendarbeit, in Museen, bei den Kommunen, in Tierheimen, bei Tafeln und in Sportvereinen.

Es zeichnet sich ab, dass die Nachfrage insgesamt deutlich über dem Angebot liegen wird. Das zeigt, dass wir mit dem Programm richtig liegen. Gerne würden wir noch mehr Arbeitsplätze schaffen. Bislang verweigert aber die Bundesregierung die Genehmigung, Hartz IV-Mittel in Lohnzahlungen umzuwandeln.

Diejenigen arbeitslosen Menschen, die mit Hilfe von Beratung und Qualifizierung durchaus eine Chance auf einen Arbeitsplatz haben, fördern wir gezielt. Ein Beispiel ist die Arbeitsförderung für Menschen mit Behinderungen. Unternehmen, die schwerbehinderte Menschen einstellen, können bei Arbeitszeiten unter 15 Wochenstunden einen Lohnkostenzuschuss erhalten.

Auch die Integration von Flüchtlingen in Praktika, Ausbildung und Beschäftigung haben wir in Angriff genommen. Finanziert durch das Land, schaffen Bildungseinrichtungen, Kammern und Kommunen entsprechende Angebote.

Liebe Leserinnen und Leser,

was mich bewegt, ist das Abhandenkommen von sozialen Grundgewissheiten für viele Menschen. Früher hieß es: „Sei fleißig, und du kommst voran. Sei sparsam und vertraue auf die Solidargemeinschaft der Sozialversicherung, dann wirst du keine Armut leiden, wenn du krank oder alt bist.“ Heute kommt Menschen unter 30 ein unbefristeter Arbeitsvertrag wie ein Lottogewinn vor. Eine schwere Krankheit bringt selbst Mittelschichthaushalte schnell in existenzielle Bedrängnis. Die Rentenerwartung ist sogar für Durchschnittsverdiener nicht mehr befriedigend, auch wenn sie bis 67 durchhalten. Und wer sein Kind in ein verwittertes Schulgebäude bringen muss, das neben einer frisch renovierten Bankfiliale steht, fragt sich mit Recht, ob die Prioritäten richtig gesetzt sind, wenn das Geld besser untergebracht ist, als die Kinder.

Foto: DiG | TRIALON

Als Landesregierung haben wir kein Patentrezept für die Lösung dieser Probleme. Wir können nur unseren Teil beitragen, Grundgewissheiten wieder herzustellen – so, wie wir es jetzt bei der Entscheidung zu den Grundschulhorten getan haben. Da werden für die Erzieherinnen und Erzieher aus befristeten Arbeitsverträgen bei den Kommunen unbefristete beim Freistaat Thüringen. Die Beschäftigten bekommen damit eine sichere Perspektive.

Für Grundgewissheiten müssen wir bundesweit streiten. Eine moderne Bürgerversicherung, in die alle einzahlen. Ein soziales Netz, das die trägt, die den Schutz einer starken Gemeinschaft brauchen. Eine Lohnentwicklung, die armutsfest ist. Eine Rente, die nicht mehr in Ost und West unterscheidet und die eine Rentenhöhe erreicht, von der niemand mehr verarmt. Keine Diskriminierung nach Herkunft oder Geschlechtern. Wäre das zu viel verlangt in einem der reichsten Länder der Welt?
Fragt sich und Sie

Ihr Bodo Ramelow

MONSTERKREISE Ein Angriff auf den ländlichen Raum?

12 Fakten zur Funktional-, Verwaltungs- und Gebietsreform und warum sie **NICHT** das Ende der Thüringer Dörfer ist.

Die Reform kommt zu überraschend.

Nein. Seit 2005 hat DIE LINKE die Notwendigkeit dieses Vorhabens immer wieder benannt. Somit sind die theoretischen Planungen schon über 10 Jahre bekannt. 2019 läuft der Solidarpakt II aus, der Länderfinanzausgleich muss neu geordnet werden und es beginnt eine neue Förderperiode der Europäischen Union. Dies wird Thüringen und die Kommunen vor neue Herausforderungen stellen. Darauf müssen wir auch strukturell vorbereitet sein.

Es wird keine Einsparungen geben!

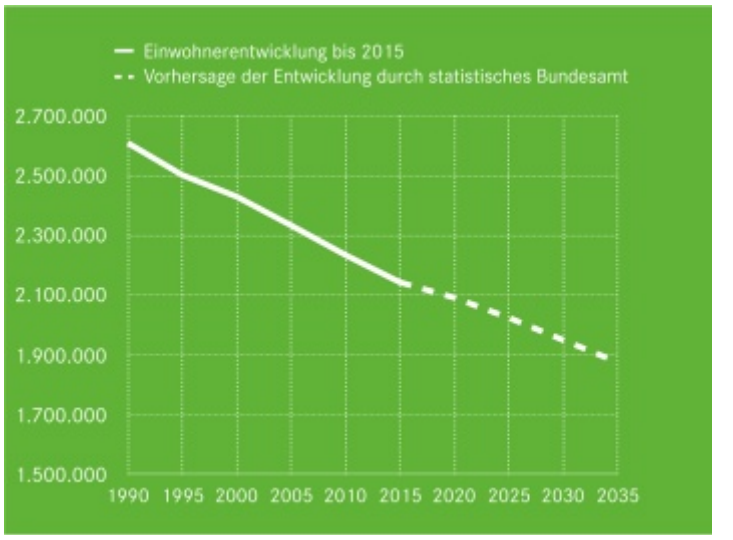
Das ist der falsche Blickwinkel. Es geht nicht um Einsparungen sondern um mehr Effizienz. Wir sind in der Pflicht, Strukturen zu schaffen, die tatsächlich leistungsfähig sind. Wie soll sich eine Gemeinde mit weniger als 1.000 Einwohnerinnen und Einwohnern, davon gibt es in Thüringen 571, wirtschaftlich betätigen? Ohne wirtschaftliche Betätigung der Kommunen ist die Finanzkraft dieser Kommune nicht ausreichend. Insofern wird die Reform es ermöglichen, die Wirtschaftskraft der Kommunen zu stärken. Somit werden sie wieder handlungsfähig.

Die Verwaltungsgemeinschaften werden abgeschafft.

Das ist richtig. Die Verwaltungsgemeinschaften hatten durchaus ihre Berechtigung. Jedoch wird mehr und mehr deutlich, dass sie in ihrer Konstruktion Fehler aufweisen.
Alle angehörigen Gemeinden der Verwaltungsgemeinschaft zahlen eine sogenannte VG-Umlage. Das ist das einzige Finanzierungsinstrument. Die Umlage ist ungerecht, denn sie muss Pro-Kopf gezahlt werden, unabhängig von der Steuerkraft. So kann es passieren, dass finanzstarke Gemeinden die gleiche Umlage bezahlen wie eine Gemeinde mit geringeren Einnahmen. Die Position der/des VG-Vorsitzenden ist auch umstritten. Sie/Er soll dafür sorgen, dass die Gemeinden ordentliche Beschlüsse fassen und sie dann gleichzeitig beanstanden; die/der VG-Vorsitzende überwacht sich also selbst. Außerdem wurde diese(r) Vorsitzende nicht durch die Bevölkerung gewählt.

Die Identität mit der Region geht verloren.

Das ist ein Trugschluss. Die Menschen identifizieren sich in der Regel nicht mit ihrem Landkreis sondern mit ihrer Gemeinde, ihrer Stadt, ihren Vereinsstrukturen usw. Das zeigt im Übrigen auch die Beliebtheit der Autokennzeichen der „Altkreise“. Auch die lokalen Tageszeitungen spiegeln nicht die Kreis- sondern die Regionalstruktur wieder. Die Regionen wie z.B. das Saaletal bleiben auch nach der Reform noch erhalten. Hier ist kein Identitätsverlust zu erwarten.



Der Weg zum Landratsamt wird länger!

Schon heute fährt der Normalbürger sehr selten in das Landratsamt. Vieles kann mittlerweile online oder telefonisch erledigt werden. Die Menschen werden nach der Reform noch weniger in die Landratsämter fahren müssen. In den Grund- und Mittelzentren werden Bürgerservicebüros eingerichtet, wo Amtsgeschäfte direkt vor Ort getätigt werden können. Somit werden nicht längere sondern kürzere Wege für die Bürger_innen anfallen.

Dann hat der Kreistag noch weniger zu sagen.

60 Prozent der Landkreisausgaben sind derzeit Ausgaben des sogenannten übertragenen Wirkungskreises, bei denen der Kreistag keine Mitbestimmung hat. Im Zuge der Reform soll der Kreistag stärker für den übertragenen Wirkungskreis mit zuständig gemacht werden, um das kommunale Mandat zu stärken. Je größer die Mitbestimmung der Kreisräte ist, umso höher ist die Bereitschaft, für ein solches Amt zu kandidieren.

Eine zweistufige Verwaltung bringt nur Nachteile.

Nein. Eine zweistufige Verwaltung bringt sogar mehr Bürgernähe. Wir haben Doppelstrukturen ausgebildet. So gibt es z.B. in jeder VG und zeitgleich im Landratsamt ein Bauamt. Hier bietet sich an, die Aufgaben zu verzahnen. Die Mittelbehörden erfüllen derzeit vor allem Aufsichts- kaum jedoch Dienstleistungsfunktionen. So ist eine demokratische Kontrolle der Mittelbehörden schwierig. Außerdem fallen die Transitkosten weg, weil sich die Behördenebenen miteinander beschäftigen müssen. Diese Kosten erzeugen keine Außenwirkung und kommen niemandem zu Gute.

Die Reform ist viel zu teuer.

Seit 2013 hat das Land Hilfspakete im dreistelligen Millionenbereich für die Kommunen geschnürt. Dazu kam ein hoher zweistelliger Millionenbetrag für notleidende Gemeinden – das waren fast 200 Millionen Euro pro Jahr. Wenn unsere Kommunen leistungsfähiger werden, sind diese Zahlungen nicht mehr nötig. Damit kommt es statistisch gesehen nach zwei bis drei Jahren sogar schon zu Einsparungen im Landeshaushalt. Somit finanziert sich die Reform eigentlich selbst.

Durch die Reform wird die demokratische Teilhabe eingeschränkt.

Demokratische Teilhabe hat unmittelbar etwas mit Entscheidungskompetenzen zu tun. Gegenwärtig sind diese in den Kommunen stark eingeschränkt. Durch die Reform wird sich das ändern. Kommunale Ämter werden dadurch wieder attraktiver. Die Reform stärkt somit die Demokratie. Zudem wird sich die Anzahl der Mandate nicht reduzieren. Durch den Ausbau der Ortschaftsverfassung wird es künftig in nahezu allen Orten Ortschaftsbürgermeister_innen und Ortschaftsräte geben. Die sind erster Ansprechpartner für die Bürgerinnen und Bürger. Der Ortschaftsrat wird künftig Gelder zur eigenen Verwendung bekommen für die Vereinsförderung, die Traditionspflege, die Ortsfeuerwehr und, soweit vorhanden, für die Bürgerhäuser.

Verwaltungsmitarbeier_innen werden entlassen.

Nein, es wird keine Entlassungen geben. In den nächsten zehn Jahren werden 30 Prozent der Beschäftigten altersbedingt ausscheiden. Dadurch wird eher ein Fachkräftemangel zu bewältigen sein. Deshalb muss keine/kein Beschäftigte(r) um seinen Arbeitsplatz fürchten. Außerdem sind Entlassungen bei Tarifbeschäftigten wie z.B. in den Ämtern, rechtlich nur schwer möglich, Beamte können gar nicht entlassen werden.

Die Gemeinden in Thüringen sind alle leistungsfähig.

Das stimmt nicht. Trotz der Hilfspakete 2013, 2014 und 2015 waren im vergangenen Jahr über 100 Gemeinden in der Haushaltssicherung, da sie keinen eigenen Haushalt aufstellen konnten. Jede zehnte Gemeinde ist sogar ohne Haushalt. Jede vierte Gemeinde hat ihre Rücklagen aufgebraucht. Somit sind die Gemeinden in hohem Maße vom Land abhängig. Circa 60 Prozent der kommunalen Einnahmen sind Landeszuweisungen. Von einer leistungsfähigen Gemeindestruktur kann in Thüringen bisher also nicht die Rede sein.

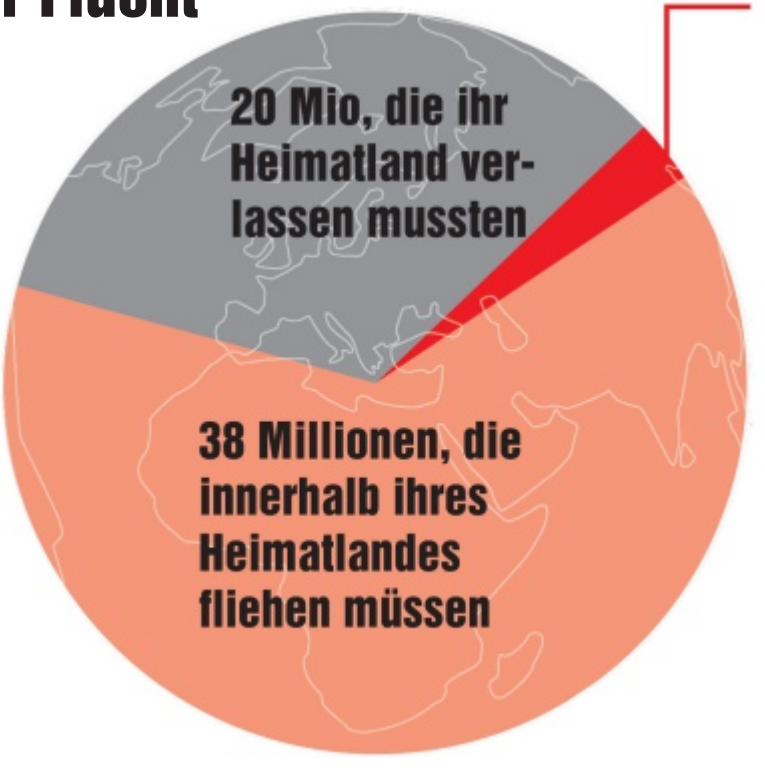
Die Landkreise sind alle leistungsfähig.

Das stimmt nicht. Die Landkreise müssen dringend reformiert werden. Das betrifft ihre Aufgaben und die Finanzierung. Die Landkreise dürfen selbst keine Steuern erheben. Den durch Zuweisungen des Landes und die eigenen Einnahmen nicht gedeckten Finanzbedarf müssen die Städte und Gemeinden über die Kreisumlage bezahlen. Dies entzieht den Städten und Gemeinden viel Geld für eigene Projekte. Der Landkreis gibt Geld aus, das die Städte und Gemeinden zahlen – dieses System ist nicht mehr zeitgemäß. 60 Prozent der Landkreisaufgaben betreffen Leistungsgesetze im Sozialbereich. Hier kann der Kreis kaum selbst steuernd eingreifen. Weniger als 1 Prozent wird für freiwillige Aufgaben ausgegeben. Damit haben die Kreise kaum noch Gestaltungsmöglichkeiten. Letztlich sind die Landkreise derzeit nur noch eine Verwaltungsbehörde, die viel Geld kostet und kaum auf Akzeptanz bei den Bürgerinnen und Bürgern stößt. Über 80 Prozent der Aufgaben sind staatliche Aufgaben, die die Landkreise im Auftrag für das Land umsetzen. Durch die Reform sollen diese Missstände behoben werden.

Foto: darknightsky/fotolia.com

Faktencheck Flucht

Weltweit: 60 Millionen auf der Flucht



1,8 Millionen Asylbewerber weltweit

Insgesamt haben 2015 rund 477.000 Asylsuchende einen Antrag in Deutschland gestellt. Das sind mehr als doppelt so viele wie im Vorjahr – aber immer noch nur ein Bruchteil von den 60 Millionen, die weltweit auf der Flucht sind.

Neben den Asylanträgen veröffentlicht das Bundesinnenministerium seit August 2015 auch die Zahl der Schutzsuchenden, die im EASY-Registrierungssystem erfasst sind. 2015 wurden demnach rund 1.092.000 Menschen auf der Flucht registriert. Allerdings wurden manche davon mehrfach erfasst, andere reisen weiter in benachbarte EU-Staaten.

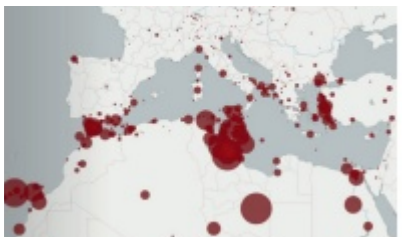
Asylanträge in Deutschland: Die 9 wichtigsten Herkunftsländer	
Syrien	162.500
Albanien	55.000
Kosovo	37.000
Afghanistan	32.000
Irak	31.400
Serbien	27.000
Mazedonien	14.000
Eritrea	11.000
Pakistan	8.500

Warum sind so viele Flüchtlinge Männer?

Stimmt gar nicht. Weltweit sind sogar etwas mehr Frauen als Männer auf der Flucht. Bei denen, die nach Europa fliehen – aus Syrien über die Landroute oder aus Afrika übers Mittelmeer – sind dagegen in der Tat zwei Drittel bis drei Viertel Männer.

Teilweise entscheiden die Familien, eher die Männer den hohen Risiken der Flucht auszusetzen, die dann die Frauen und Kinder per Familiennachzug nachholen sollen. Teilweise spielt aber auch die Gefahr eine Rolle, von einer der vielen Bürgerkriegsparteien als Soldat zwangsverpflichtet zu werden, oder die besonders hohe Arbeitslosigkeit junger Männer, z.B. in Nordafrika.

Festung Europa: 23.000 tote Flüchtlinge seit dem Jahr 2000



Das Journalistenkollektiv **The Migrant Files** hat eine Datenbank mit allen öffentlich bekannten Fällen angelegt, in denen Menschen auf der Flucht nach Europa gestorben sind. Auf der Website **www.themigrantfiles.com** wurden die Todesfälle gesammelt und auf einer interaktiven Karte dokumentiert.

Und so viel Geld kostet uns die „Festung Europa“: (Quelle: The Migrant Files)	
Frontex (seit 2004)	1 Mrd. Euro
Eurosur (seit 2011)	200 Mio. Euro
Grenzschutz von Spanien und Griechenland (Schiffe, Drohnen, Geländefahrzeuge)	70 Mio. Euro
Wartung der Stacheldrahtzäune in Ceuta und Melilla (spanische Exklaven in Afrika)	10 Mio. Euro jedes Jahr
Abschiebungen aus Europa (seit 2000)	11 Mrd. Euro
Durchschnittlich jedes Jahr:	**1 Mrd. Euro**

Fluchtursachen:

Krieg und Gewalt

96 Prozent der Syrer_innen, 89 Prozent der Iraker_innen und 92 Prozent der Eritreer_innen, die in Deutschland ankommen, dürfen hier bleiben. In Syrien herrscht Bürgerkrieg. Das Leben der Menschen dort ist akut in Gefahr. Auch im Irak ist Gewalt an der Tagesordnung. Im vergangenen Jahr wurden dort mehr als 10.000 Zivilisten getötet. Eritrea ist eine Militärdiktatur, wo Menschenrechte nichts gelten. Folter ist üblich, regelmäßig werden Menschen ohne Gerichtsbeschluss hingerichtet. 400.000 Menschen aus Eritrea sind deswegen auf der Flucht.

Armut und Diskriminierung auf dem Balkan

Sinti und Roma werden im Balkan systematisch diskriminiert. Sie erhalten keine Wohnungen, leben in Slums, haben nur mangelhafte Gesundheitsversorgung und kaum Zugang zur Bildung. Politiker_innen hetzen öffentlich gegen sie. Dass die Balkanstaaten generell für „sicher“ erklärt wurden, wird dazu führen, dass ehemals berechtigte Asylbewerber*innen abgeschoben werden. Es geht auch anders: In der Schweiz haben 2014 rund 37 Prozent der serbischen und 40 Prozent der kosovarischen Antragsteller_innen einen Schutzstatus erhalten. Finnland gewährte 43 Prozent der Geflüchteten aus dem Kosovo Schutz.

Welches Land nimmt die meisten Flüchtlinge auf?

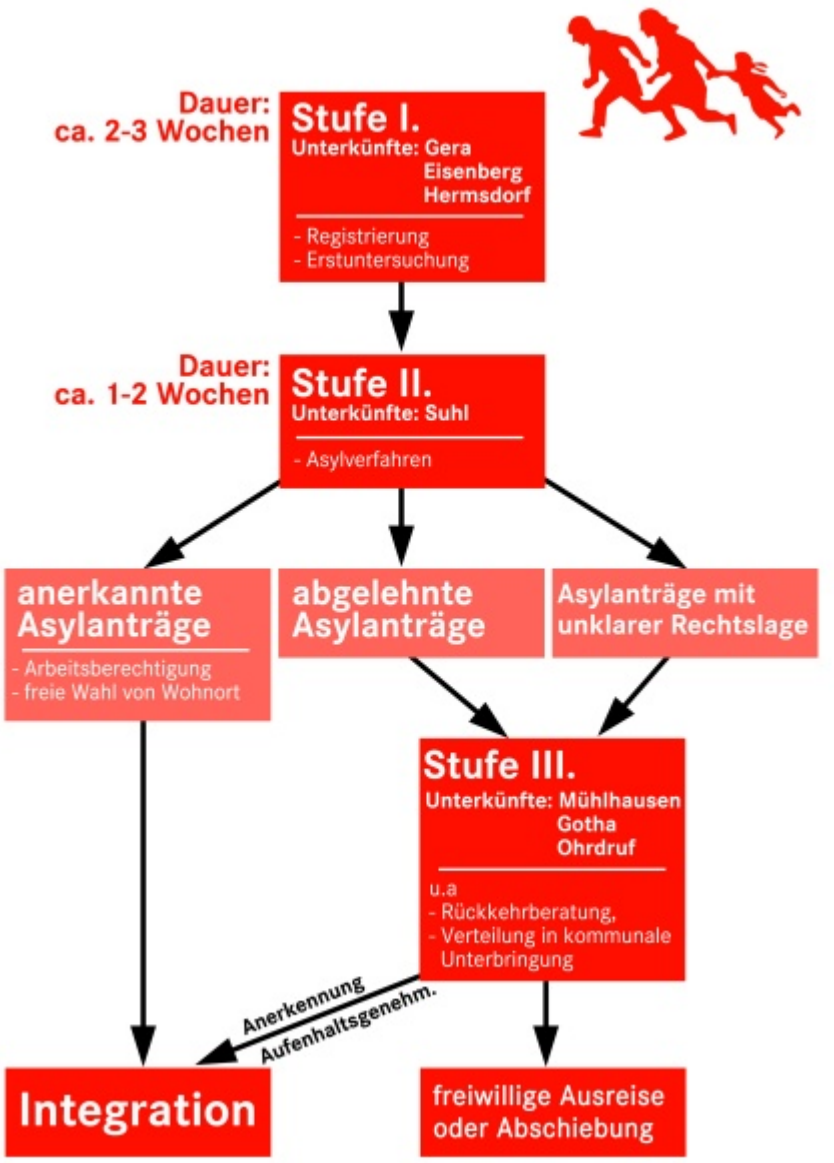
Fakt ist: Die meisten Geflüchteten werden von Entwicklungsländern aufgenommen, zumeist den unmittelbaren Nachbarländern der Krisenstaaten. Nur ein geringer Teil erreicht die Industrieländer. In Europa nimmt derzeit Deutschland die meisten Flüchtlinge auf – in absoluten Zahlen. Im Verhältnis zur Einwohnerzahl haben dagegen bis vor kurzem andere europäische Länder weit mehr Flüchtlinge aufgenommen. Die rechts angegebenen Zahlen sind vom UNHCR, dem Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, und beziehen sich auf den Stand Mitte 2015 (erstes Halbjahr).

absolut	pro 1000 Einwohner	pro Dollar BIP
1. Türkei (1,8 Mio.)	1. Libanon (208)	1. Äthiopien (469)
2. Pakistan (1,5 Mio.)	2. Jordanien (89)	2. Pakistan (316)
...	...	...
19. Deutschland (0,25 Mio.)	43. Deutschland (3,1)	130. Deutschland (46)

Quelle: UNHCR (www.unhcr.org/statistics/mid2015stats.zip)

Konzept zur Unterbringung in Thüringen

Im Januar 2016 wurde ein Konzept erarbeitet, wie die Aufnahme und Unterbringung von Flüchtlingen in Thüringen zukünftig gestaltet werden soll.
Danach wird die Erstaufnahme in drei Stufen unterteilt. In Stufe eins kommen die Geflüchteten an, werden registriert und ein Gesundheitscheck wird durchgeführt.
In Stufe zwei wird das eigentliche Asylverfahren durchgeführt und es findet eine Beratung dazu statt. In Stufe drei werden erste Maßnahmen zur Integration durchgeführt, z.B. Sprachkurse. Bei unklaren Verfahren wird entsprechend weiter entschieden. Für anerkannte Asylbewerber_innen wird die weitere Unterbringung in den Kommunen vorgenommen. Bei abgelehnten Asylanträgen wird die Rückkehr bzw. Abschiebung vorbereitet. Die Infografik (rechts) veranschaulicht das Verfahren.



Quelle: Informationen des TMMJV/thueringen.de

Gesundheitskarte für Geflüchtete

Die gesundheitliche Versorgung von Geflüchteten ist eine wichtige Aufgabe. So wurde seit dem vergangenen Jahr die Versorung in den Erstaufnahmeeinrichtungen aufgebaut. Gegenwärtig arbeitet das Thüringer Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familien an der Ausweitung der psychosozialen Versorgung sowie - gemeinsam mit dem Migrationsministerium - an der Einführung einer elektronischen Gesundheitskarte für Asylsuchende, die Arztbesuche vereinfachen soll. Diese gibt es bereits in den Bundesländern Bremen und Nordrhein-Westfalen.

Ministerpräsident Bodo Ramelow:
"Die Verrohung unserer Gesellschaft ist ein gesamtdeutsches Problem. Ich warne alle, die Augen davor zu verschließen und sich jetzt mit dem Fingerzeig auf Ostdeutschland selbst zu entlasten. Dunkeldeutschland liegt nicht nur im Osten."

Foto: TSK

"Eine wesentliche Ursache des AfD-Durchmarsches ist die gesellschaftliche Entsolidarisierung und soziale Verunsicherung, für die die große Koalition die Verantwortung trägt. Union und SPD haben zudem die Rechtsaußen mit der schrittweisen Übernahme ihrer Positionen stark gemacht. Wer aber Positionen von Rechtspopulisten übernimmt, stärkt sie. Das ist ein Weg, den wir nicht gehen werden. Wir haben gewusst, dass eine klare Haltung gegen Rassismus und für Solidarität Stimmen kosten könnte. Wir bleiben dennoch bei diesem Kurs. Unser Ziel ist, dem Gedanken der Solidarität zur gesellschaftlichen Mehrheit zu verhelfen. Dazu werden wir nun verstärkt die Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Kräften und sozialen Bewegungen suchen. Uns steht eine lange Auseinandersetzung bevor, aber wir sind dazu bereit. Wir werden weder den neoliberalen Technokraten noch den rechten Hetzern den Raum überlassen."

Katja Kipping,
Parteivorsitzende DIE LINKE

Wer flüchtet schon freiwillig?

„Mit den Flüchtlingsbewegungen stellen sich die grundlegenden Gerechtigkeitsfragen mit besonderer Dringlichkeit, und ihr globaler Charakter wird in aller Deutlichkeit klar.“ Präzise filtert Katja Kipping, Vorsitzende der Partei DIE LINKE und Abgeordnete im Deutschen Bundestag, in ihrem nun erschienenen Buch „Wer flüchtet schon freiwillig“ heraus, weshalb es Flüchtlinge nach Europa zieht: Reiche Länder sichern sich ihren Wohlstand, indem sie arme Länder auspressen und ihnen Ressourcen für eine erfolgreiche Entwicklung nehmen.
Krieg, Klimawandel und Korruption bekämpft der Westen nur zögernd oder gar nicht. Kipping analysiert Fluchtursachen sowie Reaktionen der Herrschenden und Helfenden. Sie entwirft ein Programm, um drängende Integrationsaufgaben zu lösen: „Einwanderung darf nicht als Schrecken gedacht, sondern muss als Schlüsselfrage einer zukünftigen sozialen Gerechtigkeit verstanden werden.“ Leben wir künftig in einer solidarischen, sozial gerechten und offenen Gesellschaft oder in einer abgeschotteten, in der Wenigen fast alles gehört?“

Steffen Twardowski

Katja Kipping: Wer flüchtet schon freiwillig. Die Verantwortung des Westens oder warum sich unsere Gesellschaft neu erfinden muss.

Westend Verlag, Frankfurt/Main 2016, 208 Seiten, 16 Euro.

Thüringen kann auch Bio

Auf der Internationalen Grünen Woche präsentiert das Thüringer Landwirtschaftsministerium eine leistungsstarke Branche

Wie wird eine Thüringer Bratwurst hergestellt? Wie entsteht eine Fachwerkfassade? Und wieviel Öko steckt in Produkten aus dem Freistaat?

Diese Fragen, und noch viele mehr, wurden beim Auftritt Thüringens auf der Internationalen Grünen Woche beantwortet. Erstmals präsentierte sich der Freistaat auf der Messe mit einem Ökoladen, in dem 20 Unternehmen ihre Produkte anboten – absolut Bio und zu fairen Preisen. Dass ein Schwerpunkt auf der Messe auf den Ökolandbau gelegt wurde ist neu und erwies sich als Publikumserfolg. Genauso wie die Präsentation des Altenburger Landes. Handwerker aus dem Landkreis bauten an den Messetagen inmitten des Thüringenstandes eine Fachwerkwand. Ministerpräsident Bodo Ramelow und der Staatsekretär im Landwirtschaftsministerium, Dr. Klaus Sühl, halfen übrigens dabei.

Wohnen muss bezahlbar sein

Wie die Thüringer Landesregierung sozialen Wohnungsbau fördert

Thüringenweit gibt es rund 17.500 Sozialwohnungen. Nur etwa 600 davon sind frei und stehen jenen zur Verfügung, die sich teures Wohnen nicht leisten können. Das sind rein statistisch mehr als die Hälfte der Haushalte.

Die Thüringer Landesregierung hat ein Programm für den sozialen Wohnungsbau aufgelegt, um für diese Mieter_innen Wohnraum zu schaffen. 125 Millionen Euro stehen dafür bis ins nächste Jahr zur Verfügung. Mit dem Geld wird gerade in den Regionen, in denen Sozialwohnungen Mangelware sind, der Bau von Mietwohnungen gefördert.

Diese neue Richtlinie des Bauministeriums von Birgit Keller ist eine Unterstützung, damit Wohnungsunternehmen Mieten von unter 5,50 Euro je Quadratmeter anbieten können. Das ist der Preis, der vom Gesetzgeber als angemessene Miete bezeichnet wird.

Das Programm für den sozialen Wohnungsbau ist eine von vier Säulen der Wohnungsbaupolitik der neuen Landesregierung. Die anderen Säulen sind:

- Die Einführung der Mietpreisbremse: Gerade in Erfurt und Jena ist der Wohnraum knapp. Hier werden Mieterhöhungen von über zehn Prozent künftig ein Riegel vorgeschoben.
- Eine Reform des Wohngeldes: Die Landesregierung stellt 5 Millionen Euro mehr in den Haushalt ein, um das Wohngeld der Wohnkosten- und Verbraucherpreisentwicklung anzupassen.
- Die Kooperation mit den Kommunen, wenn es um die Schaffung neuer Wohnungen geht: Gerade in den größeren Städten Thüringens fehlt Wohnraum. Dieser knappe Markt sorgt für steigende Mieten, was zu Lasten derer geht, die sich teure Mieten nicht leisten können.

Alle vier Säulen zusammen sorgen dafür, dass der Thüringer Wohnungsmarkt auch unter sozialen Gesichtspunkten zukunftsfähig wird.

"Ich halte die ganze Riester-Rente für einen Flop. Das Rentenniveau wird Jahr für Jahr bis 2030 gesenkt. Das ist die eigentliche Katastrophe. Zum ausgleich hat man dann ein bisschen Riester-Rente gemacht. Da müssen die Arbeitgeber nichts bezahlen, das bezahlen nur die Arbeitnehmer_innen und der Staat. Es ging darum, den Unternehmen zu helfen. Und ich glaube, dass das gar nicht nötig ist. Wir könnten uns eine gesetzliche Rente leisten, mit der man den Lebensstandard fortsetzen kann, den man sich im Erwerbsleben erarbeitet hat. Das haben die Leute auch verdient."

Foto: DIE LINKE im Bundestag

Gregor Gysi, MdB DIE LINKE

Schienenverkehr: Ostthüringen besser anbinden

‚Rückfall ins Postkutschenzeitalter' – ‚Jena künftig ohne Fernverkehrsanschluss' – ‚Ostthüringen: eine Region auf dem Abstellgleis' – Dies sind nur einige Kommentare zur Situation der Bahnanbindung Jenas und Ostthüringens. LinksBlick hat genauer hingesehen.

Der Fernverkehr wurde auf der Bahnstrecke durch das Saaletal mit dem Dezember-Fahrplanwechsel zugunsten der neuen Hochgeschwindigkeitsstrecke Halle/Leipzig – Erfurt deutlich reduziert. Stattdessen werden im Laufe des Jahres 2016 vermehrt Baufahrzeuge in Ostthüringer Gleisen gesichtet, um die Strecken schneller zu machen. Der geübte Bahnfahrer weiß, was das zunächst bedeutet: Längere Fahr- und Wartezeiten.

Das Bündnis für Fernverkehr Jena, der Fahrgastbeirat Ostthüringen und weitere Initiativen entlang des Saaletals stehen in engem Austausch mit dem Thüringer Verkehrsministerium und der Ministerin Birgit Keller. Wichtige bisherige Ergebnisse der gemeinsamen Aktivitäten zur Verbesserung der Situation auf den Punkt gebracht sind:
Vollwertige Wiederanbindung Jenas an den Fernverkehr in 2023 statt 2030, wie ursprünglich von der Deutschen Bahn geplant.
Elektrifizierung und zweigleisiger Ausbau der Mitte-Deutschland-Verbindung zur Schaffung des IC-Drehkreuzes Jena.
Neue Expresszugverbindungen von Saalfeld und Jena in Richtung Halle und Leipzig, deren Reisezeiten (eine Stunde von Jena nach Leipzig) sich vom ICE kaum unterscheiden, aber weniger kosten.
Der „Wissensexpress" verknüpft die Hochschulstandorte zwischen Jena und Erfurt, eine Verlängerung bis Ilmenau wird geprüft.

Ein Knackpunkt ist der Wegfall der Direktverbindung Jenas nach Berlin, Nürnberg und München. Ziel bleibt es, mit dem geplanten IC Knoten in Jena hierfür bis spätestens 2024 einen gleichwertigen Ersatz zu schaffen: Die Verhandlungen mit der Bahn gehen also unvermindert weiter.

Birgit Keller, Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft. Fotos (2): TMIL

Rentengerechtigkeit bleibt Markenzeichen der LINKEN

In der gesetzlichen Rente klafft eine riesige Gerechtigkeitslücke.

Selbst Durchschnittsverdiener_innen können nicht mehr sicher sein, im Alter eine auskömmliche Rente zu erhalten, auch wenn sie ein Leben lang gearbeitet und Rentenbeiträge gezahlt haben, auch wenn sie zu den wenigen gehören, die bis 67 durchhalten. Vor allem auf den Osten, wo in den Jahren nach der Wende viele ihren Job verloren und danach bestenfalls zu niedrigeren Löhnen wieder einsteigen konnten, rollt eine Welle der Altersarmut zu. Es ist unstrittig, dass wir eine Gerechtigkeitsoffensive für die Rente brauchen. Thüringen geht im Bundesrat gemeinsam mit Brandenburg voran. Eine von uns eingebrachte Entschließung, die die Bundesregierung auffordert, für eine schnelle Ostrentenangleichung zu sorgen. Weitere Schritte sind nötig. Wir brauchen eine Untergrenze für das Sicherungsniveau der gesetzlichen Rente, ein Konzept für eine Rückabwicklung der gescheiterten Riesterrente und eine Mindestrente, die Altersarmut verhindert. Von Rente muss man leben können. Überall in der Republik. Da lassen wir nicht locker.

Dr. Benjamin-Immanuel Hoff
(Chef der Staatskanzlei und Thüringer Minister für Kultur, Bundes- und Europaangelegenheiten)

Information bedeutet mehr demokratische Teilhabe

Die Landesregierung arbeitet derzeit an einem Tranparenzgesetz für Thüringen. "LinksBlick!" befragte dazu den Datenschutzbeauftragten des Freistaates Thüringen, Dr. Lutz Hasse:

Wie beurteilen Sie die aktuelle Rechtslage zum Informationszugang für Bürgerinnen und Bürger in Thüringen?
Das Informationsfreiheitsgesetz gibt dem Bürger die Möglichkeit, Zugang zu amtlichen Informationen, insbesondere auf Antrag, zu erhalten. Allerdings sieht das Gesetz einerseits geringe Veröffentlichungspflichten und andererseits zu viele Gründe zur Ablehnung des Informationsantrags vor. Es drohen Zeitverlust und Kosten für einen solchen Antrag. Ein Transparenzgesetz hätte den Vorteil, dass eine Vielzahl von amtlichen Informationen bereits ohne die Stellung eines Antrags in einem Transparenzregister veröffentlich werden muss und die dort veröffentlichten Informationen von allen BürgerInnen kostenlos eingesehen werden können. Dies spart Weg, Zeit und Geld.

Welchen demokratischen Mehrwehrt hätte ein Thüringer Transparenzgesetz und das darin vorgesehene Transparenzregister?
Gute Information bedeutet mehr demokratische Teilhabemöglichkeiten für die BürgerInnen. Sie können sich besser mit den Entscheidungen öffentlicher Stellen identifizieren oder aber auch solche Entscheidungen mit beeinflussen oder insoweit öffentliche Stellen gar kontrollieren. Wenn Wissen Macht ist, könnten BürgerInnen nunmehr an dieser Macht partizipieren. Das Transparenzgesetz könnte zudem einen Impuls geben, die E-Government-bestrebungen in Thüringen voranzubringen.

Wie kann man sich ein Transparenzregister vorstellen und wer darf dort eigentlich reinschauen?
Kurz und knapp: Schauen Sie sich das Hamburger Transparenzportal an (http://transparenz.hamburg.de/).
So könnte es auch in Thüringen aussehen. Und informieren kann und soll sich dort: **Jeder!**

Rot-Rot-Grün wird noch im Frühjahr 2016 das Thüringer Transparenzgesetz auf den Weg bringen. Die Erarbeitung des Gesetzes und die darauf aufbauende Vorbereitung für ein Transparenzregisters soll unter Einbeziehung externer Sachverständiger erfolgen und durch einen umfassenden Bürgerbeteiligungsprozess begleitet werden. Zum Ende des Jahres 2016 soll der Gesetzentwurf in den Landtag eingereicht und nach Durchführung des parlamentarischen Anhörungsverfahrens Anfang 2017 in Kraft treten. Als Startpunkt zur Einführung des Transparenzregisters ist der 01.01.2019 geplant. Ab diesem Stichtag sollen die Einwohner_innen einen anonymen und kostenfreien Zugang zu einer Vielzahl von Dokumenten der öffentlichen Verwaltung des Landes, aber auch einer Modellkommune und weiterer sich zunächst freiwillig beteiligender Kommunen haben.

Das beitragsfreie Kitajahr kommt!

Die möglichst frühe Förderung für alle Kinder, unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern, ist neben bildungspolitischen Aspekten auch eine Frage der grundlegenden sozialpolitischen Überzeugung.
Täglich leisten gut ausgebildete Erzieherinnen und Erzieher einen wichtigen Dienst. Im Mittelpunkt steht dabei nicht der Geldbeutel der Eltern, sondern der Bildungsanspruch des Kindes. Das Recht auf die Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit ist allen Kindern verbrieft. Der Zugang zu diesem Prozess muss jedem Kind offen stehen.

Das beitragsfreie Kitajahr ist Beschlusslage der Koalition und unser schrittweiser Einstieg hin zur kostenlosen Bildung von Anfang an. Die Umsetzung dessen setzt das vollständige Auslaufen des Landeserziehungsgeldes in 2017 voraus. Diese Mittel sollen in vollem Umfang zur Gegenfinanzierung genutzt werden und stünden somit ab frühestens 2018 bereit. Die Landesregierung steht zu ihrem Beschluss, das beitragsfreie Kitajahr einzuführen. Als ein Beitrag zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist es auch ein Standortfaktor für Thüringen.

Gut ausgebildetes Personal ist das A und O

Derzeit konzentriert sich das durch Heike Werner für DIE LINKE geführte Ministerium für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie auf vier Dinge.

1. Die Beseitigung von Lücken in der ambulanten Versorgung
Die ambulante ärztliche Versorgung in Thüringen ist insgesamt gut. Aber es gibt Lücken, insbesondere in ländlichen Regionen, wo sich für in Rente gehende Ärztinnen und Ärzte häufig keine Nachfolger_innen finden. Deshalb fördern wir die Ansiedlung junger Ärztinnen und Ärzte. Im letzten Jahr konnten wir so 10 Arztpraxen wiederbesetzen bzw. neue schaffen. Weitere Besetzungen sind in Vorbereitung.

2. Die Unterstützung des öffentlichen Gesundheitsdienstes
Der öffentliche Gesundheitsdienst ist ja so etwas wie die Gesundheitsversicherung des Sozialstaats. Leider mussten wir feststellen, dass der Gesundheitsdienst in Thüringen nicht in allen Bereichen so aufgestellt ist, wie es zur Erledigung seiner Aufgaben notwendig wäre. Es fehlt schlicht an ausreichend Ärztinnen und Ärzten. Das zentrale Manko des öffentlichen Gesundheitsdienstes sind die im Vergleich zu den Klinikärzten zu geringen Gehälter. Das Land wird deshalb für neu eingestellte Fachärzte eine Gehaltszulage zahlen, bis der für die Gehälter im öffentlichen Gesundheitsdienst verantwortliche kommunale Arbeitgeberverband die notwendigen Gehaltserhöhungen vorgenommen hat.

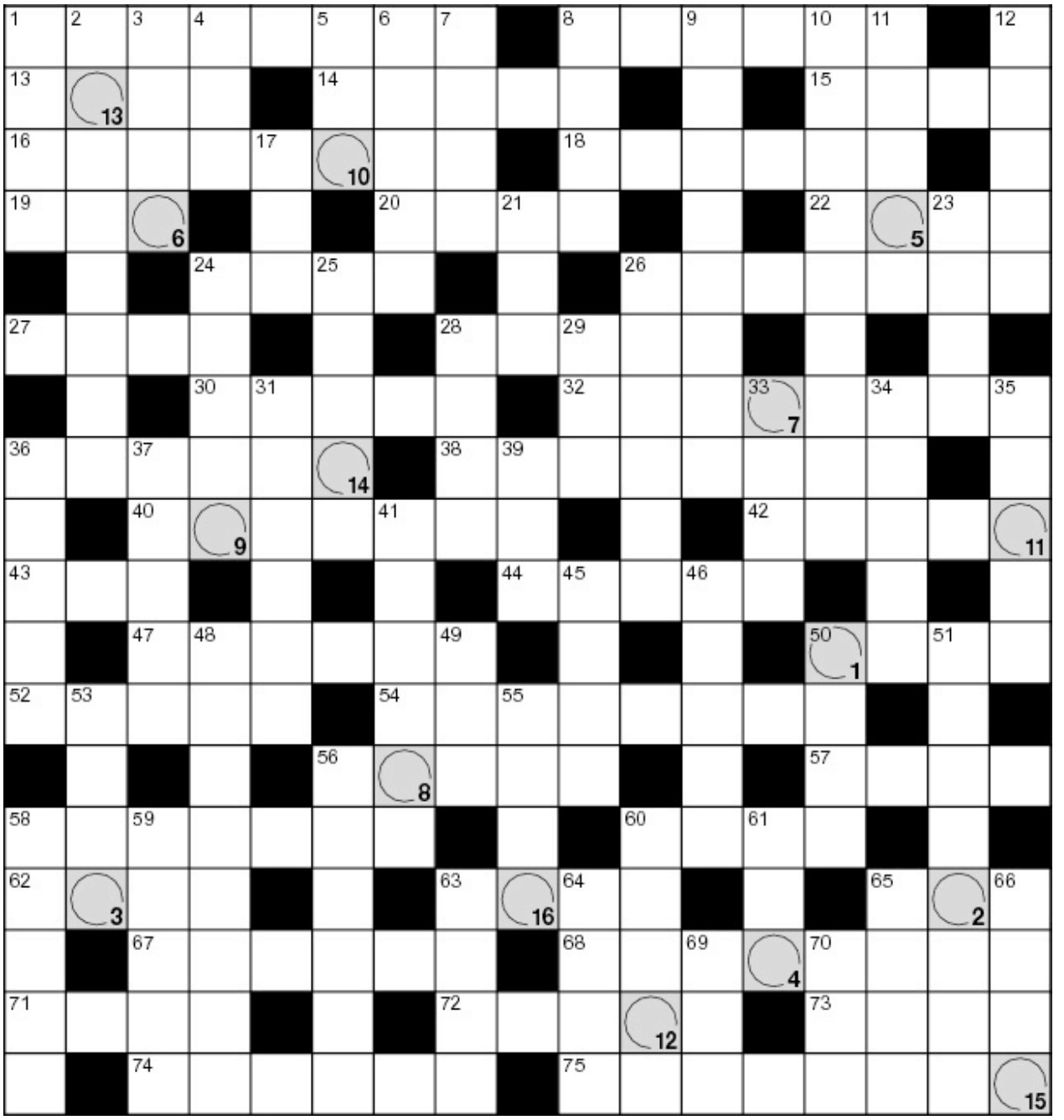
3. Mehr Qualität in der medizinischen Versorgung in Krankenhäusern
Gegenwärtig arbeitet das Ministerium an der Neuausrichtung der Thüringer Krankenhausplanung. Dabei geht es vor allem um die Frage, wie die Qualität der medizinischen Versorgung verbessert werden kann. Klar ist, für Qualität braucht es auch ausreichend Krankenschwestern und Krankenpfleger. Seit Jahren sparen die Krankenhäuser hier zu Lasten der verbleibenden Beschäftigten und letztentlich auch der Patientinnen und Patienten. Dieser Trend kann nur durch einheitliche Vorgaben umgekehrt werden. Die Tarifparteien wie die Bundesregierung sind hier gefragt. Wir werden aber auch als Landesregierung gemeinsam mit den Thüringer Krankenhäusern und den Krankenkassen nach Möglichkeiten zur Verbesserung der Personalausstattung suchen.

Ministerin Heike Werner in einem Thüringer Krankenhaus. Foto: TMASGFF

4. Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Pflege
Altenpflegerinnen und Altenpfleger arbeiten heute in Thüringen häufig zu wenig günstigen Bedingungen: Ihr Lohn liegt weit unter dem Lohn, der in den westdeutschen Nachbarländern gezahlt wird, die Arbeitszeiten erschweren die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, die geistige und körperliche Arbeitsbelastung ist hoch, was oft auch durch die zu geringe Personalausstattung in den Plegeeinrichtungen bedingt ist. Gemeinsam mit den Trägern der Einrichtungen sowie den Kassen sucht Ministerin Heike Werner im Thüringer Pflegepakt nach Wegen, diese Situation zu verbessern. Wir brauchen mehr Personal in der Pflege und wir brauchen bessere Löhne.

Preisrätsel

Unter allen Einsendungen des richtigen Lösungswortes verlosen wir folgende Preise: eine Bundestagsfahrt für zwei Personen auf Einladung von Martina Renner (MdB), ein Besuch des Thüringer Landtages inkl. eines persönlichen Treffens mit der Landes- und Fraktionsvorsitzenden Susanne Hennig-Wellsow sowie Buchpreise. Zuschriften bis 31. Mai an: DIE LINKE. Thüringen, Eugen-Richter-Str. 44, 99085 Erfurt, Fax: 0361-6011141 oder per mail an lgst@die-linke-thueringen.de



Lösungswort:

Waagerecht
1 Unabhängigkeit, 8 spanischer Likörwein, 13 Kummer, Seelenschmerz, 14 Sohn Abrahams und Saras im Alten Testament, 15 Nachtvogel, 16 Starter in Fahrzeugen, 18 Windjacke, 19 französischer unbestimmter Artikel, 20 Ruhepause, 22 lodernde Flamme; Gerbrinde, 24 Affodillgewächs, Heilpflanze, 26 Lehrveranstaltung an einer Hochschule, 27 munter, nicht schlafend, 28 Nagetier, 30 Bruder der Mutter oder des Vaters, 32 russisches Gewässer in Karelien, 36 unzuverlässig, illoyal, 38 gleichgültig; bedeutungslos, 40 griechischer Reeder (Aristoteles), 42 Gebirge in Nordwestafrika, 43 irgendjemand, 44 Vorsilbe: über, jenseits (lateinisch), 47 mit Metallbolzen befestigen, 50 ein Blutgefäß, 52 netzartiges Gewebe, 54 Kirchenbauform, 56 mit den Augen wahrnehmen, 57 nicht hungrig, 58 Verdienste, 60 amerikanischer Schauspieler (Richard), 62 Staat in Nahost, Persien, 63 weibliche Anrede, 65 nordischer Hirsch, 67 Zimmerschmuck, 68 Landschaft in Tansania, 71 kegelförmiges Indianerzelt, 72 immer, zu jeder Zeit, 73 Ansammlung kleiner runder Steine, 74 Geist, Witz (französisch), 75 Nadelbaum, Fichtenart

Senkrecht
1 ugs. für matt, kraftlos, 2 Sportstätte, 3 Hast, 4 Gebirge auf Kreta, 5 gefrorenes Wasser, 6 Fluss zur Rhone, 7 Verpackungsgewicht, 8 Kartenspiel, 9 Bezwinger, 10 Wirklichkeit, 11 nordamerikanischer Strom, 12 Leichtathlet, 17 römischer Sonnengott, 21 Wintersportgerät, 23 Besitz, Vermögen, 24 Laubbaum, 25 altrömische Unterwelt, 26 römischer Dichter, Philosoph, 28 Schwermetall, 29 Kassenzettel; Gutschein, 31 Stadt in Süditalien, 33 Trinkgefäß, 34 Wortteil, 35 Beste, Siegerin, 36 Ärger, Verdruss, 37 Gewichtseinheit, 39 Bestand, tatsächlicher Vorrat, 41 unmittelbar zuvor, 45 sauber, unbeschmutzt, 46 weibliches Bühnenfach, 48 Bundesstaat der USA, 49 benachbart, nicht weit, 50 Schnittblumengefäß, 51 aufschreiben, 53 Rand eines Gewässers, 55 in hohem Maße, 56 Mensch im Rentenalter, 58 Zentrum, 59 Verladeauffahrt, 60 Neigung, Lust; Appetit, 61 Branntwein aus Zuckerrohr, 63 feierliche Veranstaltung, 64 deutsche Schauspielerin (Barbara), 65 Ackergrenze, 66 Sinnesorgan, 69 Baumteil, 70 Abkürzung für Bundeskriminalamt

Thüringen rockt!

10. Juni 2016
14 bis 20 Uhr
Anger, Erfurt

Bodo Ramelow, Susanne Hennig-Wellsow u.v.m.
Musik: The Golden Sixties

18:30 Mellow Mark und Band

UNZ
UNSERE NEUE ZEITUNG
Jahresabo für 26,00 €
www.unz.de
fon 0361-7315795
verlag@unz.de
Anzeige

Impressum

LinksBlick! Sonderausgabe, wird an Thüringer Haushalte verteilt.
Auflage 160.000 Stück.
Redaktionsschluss: 16. März 2016
Redaktion: Dirk Anhalt, Anke Hofmann (V.i.S.d.P.), Volker Hinck, Gina Hoffmann, Thomas Schneider, Jürgen Spilling, Paul Wellsow
Eugen-Richter-Str. 44, 99085 Erfurt
fon 0361 - 60 111 54
fax 0361 - 60 111 41
linksblick@die-linke-thueringen.de
www.die-linke-thueringen.de
Druck: TA Druckhaus GmbH & Co. KG
Der LinksBlick! erscheint viermal im Jahr. Er wird allen Mitgliedern der Partei DIE LINKE. Thüringen auf dem Postweg zugesandt. Die nächste Ausgabe erscheint im Juni 2016.